

Calmer Calwblatt

Nr. 236

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die fluchtspaltige Zeile Nr. 10. —
Wochen Nr. 32. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 10. Oktober 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Nr. 31. — Vierteljährlich. Postbezugs-
preis Nr. 815. — mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Bei der Wiedereröffnung der Verhandlungen des Staatsgerichtshofs im Athenaprozess erklärte der Vorsitzende, daß nach den Untersuchungen die den Angeklagten zugestellten Proben vergiftet gewesen seien, zum wahrscheinlichen Zweck der Herbeiführung einer Vernehmungsunfähigkeit oder gar der Beseitigung einiger Angeklagten.

In Konstanz sollen Verhandlungen der Mehrheitsparteien mit dem Reichkanzler über eine Unterstützung der Kandidatur Ebert anlässlich der Reichspräsidentenwahl stattgefunden haben. Man will auch die Zustimmung der Deutschen Volkspartei dazu zu gewinnen suchen. Aus Rechtskreisen verlautet dagegen, daß man von dieser Seite versuchen will, Zentrum und Demokraten für einen bürgerlichen Kandidaten zu gewinnen. Wenn das nicht gelänge, wollen die Rechtsparteien einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Schröder, hat in seiner Denkschrift über die deutschen Reparationsleistungen festgestellt, daß die Gesamtablieferungen und Abtretungen, die den alliierten Truppen und der Wirtschaft ihrer Länder unmittelbar zugute gekommen sind, einschließlich des Reichs- und Staatseigentums in den verlorenen Teilen Oberschlesiens einen Gesamtwert von nahezu 41 Milliarden Goldmark ausmachen.

Der Ernst der Orientkrise kennzeichnet sich durch die Besprechungen, Lloyd George zu führen, dem man in England die Fehler der englischen Orientpolitik zuschreibt. Verschärft wurde die Situation durch das weitere Vordringen der Türken gegen Konstantinopel, was dort innerhalb der Fremdenviertel eine Panik hervorgerufen hat. Nach neuesten Meldungen sollen die Türken jedoch schon wieder den Rückzug angetreten haben. Die Verhandlungen der Ententegegner und des türkischen Vertreters drehen sich anscheinend um die Form der Befehung Thraziens durch die Türken. Man will nur eine Befehung durch eine verhältnismäßig geringe Polizeitruppe gestatten, während die Türken das Land militärisch besetzen wollen.

Im Zusammenhang mit der Orientkrise ist auch die Gefahr erneuter amerikanisch-japanischer Verwicklungen wegen der russischen Insel Sachalin von Interesse, welche letztere beide Staaten zu strategischen Zwecken in ihren Besitz zu bringen suchen.

Die orientalische Frage.

Verletzung der neutralen Zone durch die Türken.

London, 9. Okt. Die Türken haben die neutrale Zone von Ismid verlegt. Eine Division hat die Jarembil-Linie überschritten und Karaköy besetzt, während die Kavallerie bis Schile an der Küste des Schwarzen Meeres vordrang. Diese Truppenbewegungen sind ein Bruch des Versprechens, zwecks Vermeidung eines Zwischenfalls alle Bewegungen zu unterlassen. Die französischen und italienischen Generale haben Ismed Pascha ein Schreiben des Generals Harrington überreicht, in dem auf den ernsten Charakter des Bruches des Versprechens Remars hingewiesen und erklärt wird, daß die Verantwortung für die Verletzung der neutralen Zone auf Seiten der Türken liege. Es wird ferner darin gesagt, daß die britischen Truppen die größte Rücksicht an den Tag gelegt hätten. Die Mächte hätten übrigens jetzt zugestimmt, die Befehung Thraziens durch die türkische Gendarmerie innerhalb eines Monats zu gestatten, vorausgesetzt, daß sich die Türken auf die neutrale Zone zurückziehen. Infolgedessen ersuche Harrington Ismed Pascha, die türkischen Streitkräfte zurückzuziehen, da sonst die Folgen auf die Nationalisten fallen würden. — Ferner wird aus Tschana berichtet, daß anstelle der Kavallerie in der dortigen Gegend Infanterie eingesetzt wurde. Um 3 Uhr brachte ein Adjutant Ismeds ein Schreiben an den General Harrington. Dieser erhielt jetzt die Instruktionen der britischen Regierung. Die Franzosen und Italiener warten jedoch noch auf ihre Instruktionen. Die Sitzung der Konferenz, die auf 3 Uhr nachmittags angesetzt war, ist daher bis zum Abend verschoben worden. Es wurden Zerstreute nach Konstantinopel geschickt, um die vorliegenden Instruktionen abzuholen.

Einstellung der türkischen Truppenbewegungen gegen Konstantinopel.

London, 10. Okt. Reuter meldet aus Konstantinopel, Ismed Pascha habe General Harrington mitgeteilt, daß er

die Einstellung aller Truppenbewegungen angeordnet habe.

Einer weiteren Reutermeldung aus Mudania zufolge ist die Panik, die in Konstantinopel wegen des Berichts über ein türkisches Ultimatum entstanden ist, unbegründet. Die Türken hätten gar kein Ultimatum gestellt. Heute werde General Harrington Ismed Pascha die Vorschläge der Mächte bezüglich der Uebernahme Thraziens und der Räumung der neutralen Zone mitteilen. Heute werde daher ein kritischer Tag sein.

Der Grund des erneuten Abbruchs der Verhandlungen in Mudania.

Paris, 9. Okt. Havas teilt offiziell mit, die gestrige neue Unterbrechung der von den alliierten Generalen in Mudania geführten Unterhandlungen sei darauf zurückzuführen, daß ihre Instruktionen nicht genügend weit geklärt hätten, was die neutrale Zone und die Stärke der türkischen Gendarmerie von Thrazien anbetreffe. Ueber diese Punkte aber hätten gestern vormittag in Paris Verhandlungen zwischen den Mitarbeitern von Lord Curzon und ihren Kollegen im Quai d'Orsay stattgefunden. Schließlich sei man dahin übereingekommen, daß eine verkleinerte neutrale Zone eingerichtet werde. Diese solle Tschana umfassen, wo die englischen Truppen bleiben würden, während die übrigen Punkte am asiatischen Ufer der Meerengen, wo sich die türkischen Abteilungen festgesetzt hätten, außerhalb bleiben sollten. Ferner sei man in Paris und London durchaus einer Meinung, daß der Umfang der türkischen Gendarmerie, die nach Thrazien zugelassen werden solle, dem politischen Charakter ihrer Mission entsprechend beschränkt werden solle. Es erscheine indessen wegen der unsicheren Lage in Thrazien nötig, schon jetzt die betreffende Zahl festzusetzen, ohne die türkischen Behörden zu Rate zu ziehen. Diese bestimmten Vereinbarungen, sagt Havas hinzu, müssen den alliierten Oberkommissaren in Konstantinopel telegraphisch zugegangen sein, sobald die Verhandlungen in Mudania heute nachmittag wieder aufgenommen werden können.

Paris, 9. Okt. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus Konstantinopel beschäftigt es sich, daß die Konferenz der alliierten Generale heute nachmittag um 2 Uhr wieder begonnen hat.

Englische Meldung über eine Besserung der Lage.

London, 9. Okt. Die „Times“ berichten, die Lage im nahen Osten habe sich gebessert, desgleichen das Verhältnis zwischen London und Paris. Das britische Kabinett sei um 4 Uhr nachmittags zusammengetreten, um Curzons Bericht über seine Pariser Mission entgegenzunehmen.

Regierungskrise in London?

Paris, 9. Okt. Das „Echo de Paris“ meldet aus London, in Londoner Clubs sei die Rede von einer politischen Krise erster Ordnung, die als eine Folge der vollständigen Niederlage der Orientpolitik Lloyd Georges ausbrechen werde. Als Nachfolger Lloyd Georges werden Curzon, Chamberlain und Bonar Law genannt.

London, 10. Okt. Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz Lloyd Georges eine Kabinettsitzung statt, in der Lord Curzon seinen Bericht über die letzte Konferenz in Paris betreffend die Fragen des nahen Ostens erstattete. Wie die Blätter melden, hat die National Joint Labour Council, die gestern zusammentrat, um die Krise im nahen Osten zu besprechen, eine Entschließung angenommen, in der der unverzügliche Rücktritt der Regierung und die Wahl eines neuen Parlaments gefordert werden.

Rußland wünscht unbedingte Teilnahme an der Behandlung der Dardanellenfrage.

London, 9. Okt. Die „Times“ melden aus Riga: Einem Bericht von zuverlässiger Seite zufolge hat der Vollzugsausschuß der Sowjetregierung die Sowjetvertreter in Angora und Amolow angewiesen, der dortigen Regierung mitzuteilen, daß jedes Uebereinkommen zwischen Kemalisten, Großbritannien und den anderen Mächten über die Dardanellen, das ohne Rußlands Kenntnis abgeschlossen werde, als Verletzung des russisch-türkischen Abkommens angesehen und zu den ernstesten Folgen führen werde.

Angebliche Christenverhaftungen in Konstantinopel

London, 10. Okt. Reuter meldet, daß einem Telegramm aus Konstantinopel zufolge einzelne Türken zahlreiche Christen aus den asiatischen Vorstädten Konstantinopels verhafteten. Man erwartet, daß die Alliierten bei der Konstantinopeler Regierung unverzüglich Vorstellungen erheben.

Zur auswärtigen Lage.

Die bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands 41 Milliarden Goldmark.

Berlin, 10. Okt. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Schröder arbeitete vor kurzem eine ausführliche Denkschrift über die deutschen Reparationsleistungen aus und legte das Schriftstück u. a. auch dem Professor Keynes vor. Dieser kommentierte die Darstellung mit folgender Bemerkung: „Die Tatsachen, die Staatssekretär Schröder aufgeführt hat, werden ausreichen, das Märchen zu zerstören, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand nichts getan habe, als zu versuchen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.“ Schröder weist in der Denkschrift darauf hin, daß Deutschland schon jetzt zehnmal soviel bezahlte wie Frankreich nach dem Kriege 1870-71. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Gesamtablieferungen und Abtretungen Deutschlands einschließlich des Reichs- und Staatseigentums in dem verlorenen Teile Oberschlesiens einen Gesamtwert von nahezu 41 Milliarden Goldmark repräsentieren.

Das Interesse der englischen Arbeiterschaft an einer Verringerung der Reparationspolitik.

London, 9. Okt. Der Arbeiterführer Clynes erklärte, laut „Times“, in einer Rede in Burton über die Haltung der Arbeiterpartei gegenüber der Reparationsfrage, die Arbeiterpartei habe seit Jahren erklärt, wenn die Reparationen nach den Bedingungen des Friedensvertrags bezahlt würden, so würde dies den Handel der Ausfuhrländer, wie Großbritanniens, vernichten und für Deutschland große kommerzielle Expansionen trotz seiner finanziellen Schwierigkeiten sichern. Die englische Politik bezüglich der deutschen Kohlen und der deutschen Schiffe sei für die beiden Großindustrien Englands verhängnisvoll gewesen und je mehr die Reparationspolitik Deutschland zwingt, über die normale Grenze hinauszuarbeiten, umso weniger Aussicht bestehe auf Verminderung der Erwerbslosigkeit in England.

Die russische Außenpolitik.

Moskau, 9. Okt. „Izwestija“ veröffentlicht eine Unterredung mit Tschischerin über die Außenpolitik, in der es heißt, zwischen dem Volkskommissar des Aeußern und dem Wirtschaftsausschuß müsse eine innige Verbindung bestehen. Unser Argument ist nicht nur die Rote Armee, sondern auch Naphtha, Getreide und Holz.

Neue amerikanisch-japanische Konfliktsmöglichkeiten.

Paris, 9. Okt. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus New York wird das Staatsdepartement durch die Petroleumkonzession der russischen Sowjets an die Sinclair Oil Company auf der Insel Sachalin insofern in eine merkwürdige Lage gebracht, als die Insel zurzeit unter japanischer Kontrolle steht, die jedoch von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt wird. Andererseits werden vom Staatsdepartement keine Verhandlungen mit den Sowjets gutgeheißen. Das Departement steht vor demselben Dilemma wie im Falle der Konzession Vanderlips auf Sachalin. — Das Interesse der Amerikaner an der Insel Sachalin ist nicht wirtschaftlicher Natur sondern trägt eminent politischen Charakter, weil die Amerikaner dort gern eine Flottenbasis hätten, von wo aus sie die japanische Landverbindung bedrohen könnten. Der Konflikt ist also sehr gefährlich.

Deutschland.

Einvernehmen der Mehrheitsparteien über die Reichspräsidentenwahl?

Berlin, 10. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, nahmen in Konstanz die Vertreter der Regierungsparteien mit Reichskanzler Dr. Wirth bezüglich der Bildung eines überparteilichen Ausschusses für die Kandidatur Eberts zum Reichspräsidenten Rücksprache. Man ist dem Blatt zufolge, zu einem Einvernehmen gekommen und hat darauf auch mit der Deutschen Volkspartei Fühlung genommen.

Die Rechtsparteien und die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 10. Okt. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ hört, schweben in rechtsstehenden Kreisen Verhandlungen über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Eine Korrespondenz will dagegen wissen, daß bei Verhandlungen zwischen den Führern der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei eine Einigung dahin erzielt worden sei, daß die Deutsche Volkspartei sich verpflichtet habe,

Legenheiten wür-
den Kolonnen,
gesamten schrift-
bestand sich auch
leiben soll. Am
enführer Pfizen-
reich. Bei dem
ne große Anzahl
verschiedene An-
e der nun seit
Kommandeur ge-
nnen dankte un-
launigen Wor-
shewaltung, ins-
n Freiquartiere,
gen müßte.

n gings zur Bes-
stättliche Schr,
weitere Teilneh-
ltäter so wissens-
wollte. Anstelle
übernahm Dr.
Vorführung. Er
Mitgliedern der
hier ein großes
n sei. In etwa
Präparaten und
c: 1. makrosko-
e, 3. topographi-
5. mikroskopische
hischen Verjüng-
Bererbungslehre,
Entwicklungs-
ichtverständnis
ortragsraum der
schwerdung und
angeführt. Man
enden und dem
geschenkt. Dann
hen. In einem
klärung, soweit
Die Anwesenden
aus berufenem
ne Faust“ wur-
nacher beschäftigt.
danke in herz-
Mitglieder der
gemüthlichen Ab-
nd nur zu bald
Mitgliedern der
n aber auch lehr-
ich bleiben, ste-
n, weiterhin zu
sprechendes: „Edel

an n, Calw.
dect, Calw.

enhardt

Mädchen
Umgebung
imarbeit.

waren-
brilk, Calw.

lier!

den Spalten
kleinen An-
gen findet
praktische
srau gute
legenheit
verfüssig.
ausgerät
zu ver-
kaufen!

guterhaltenen
ochherd
erkaufen.
bedecktes Schlossermitt.

stkarten
resskarten
en Sie rasch in der
elschläger'schen
druckerel Calw.

Ihre Bemühungen, Zentrum und Demokraten zur Aufstellung eines bürgerlichen Gegenkandidaten in Gemeinschaft mit den anderen bürgerlichen Parteien zu veranlassen, mit allem Nachdruck fortzusetzen. Erst wenn Zentrum und Demokraten ein gemeinsames Vorgehen mit den beiden Rechtsparteien ablehnen würden, dürfte die Frage einer gemeinsamen Aktion der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei akut werden.

Der demokratische Parteitag über die Frage der Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Eberfeld, 9. Okt. Heute vormittag begannen in der Stadthalle die öffentlichen Verhandlungen des demokratischen Parteitags. Vom Parteiausschuss lag dem Parteitag zur Frage der inneren Politik folgende Entschliessung vor: Der Parteitag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie beiträgt, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Er nimmt als selbstverständlich an, daß diese Arbeitsgemeinschaft die Selbstständigkeit der Partei und die Aufrechterhaltung ihrer Grundzüge nicht beeinträchtigen wird. Insbesondere ist das Ziel, den Zusammenschluß zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu wahren, unverändert im Auge zu behalten.

Ausschluß rechtsradikaler Führer aus der deutschnationalen Partei Bayerns.

Berlin, 10. Okt. In einer Versammlung des Landesausschusses der bayerischen Deutschnationalen Partei zu Nürnberg wurden in Genehmigung der Maßnahmen der Vorstandschäft Oberst K y l a n d e r und Oberlandeschäftlicher Dr. Buttman-München aus der Partei ausgeschlossen.

Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine.

Berlin, 9. Okt. Die „B. Z. am Mittag“ berichtet: Unter zahlreicher Beteiligung deutscher Industrie- und Handelsfirmen unter Führung des Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelsvereins e. V. wurde unter dem Namen Deutsche Zentralexportgenossenschaft m. b. H. eine Genossenschaft gegründet, deren besondere Aufgabe es unter Anleitung an die seit 40 Jahren bestehende Verkaufsorganisation sein soll, Waren aller Art, soweit diese im Geschäftsbereich der Genossen hergestellt bzw. gehandelt werden, nach den östlichen Ländern zu exportieren. Die Genossenschaft ist eine eng verbundene Verkaufsorganisation und unterhält Filialen in Odessa, Kiew, Baku, Tiflis, Astrachan und Konstantinopel.

Die Verhandlungen über den Gesetzentwurf eines neuen Beamtenrechts.

Berlin, 10. Okt. Unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. Drews wurden gestern die Verhandlungen über den Gesetzentwurf eines neuen Beamtenrechts zu Ende geführt. Bezüglich der Eidesleistung einigte man sich dahin, daß der Beamte, der sich weigert, den Eid auf die Republik zu leisten, durch Spruch der Disziplinarkammer aus dem Amt entfernt werden kann. Die Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit, Nebenbeschäftigung und die Annahme von Geldgeschenken sollen im wesentlichen erhalten bleiben. Hinsichtlich des Streikrechts setzte Dr. Drews auseinander, daß dieses Recht den öffentlichrechtlichen Beamten in keiner Form gegeben werden könne. Bezüglich des Rechts auf Einsichtnahme in die Personalakten einigte sich die Konferenz dahin, daß dem Beamten die Einsicht in seine Personalakten gestattet werden soll. Hinsichtlich der Haftung der Beamten wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß die Beamten dem Geschäftsbereich gegenüber privatrechtlich nicht haftbar sein sollen, daß vielmehr Staat oder Gemeinden haftbar bleiben. Das Ergebnis der Konferenz wird in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt werden, der dem Reichstag und dem Reichstag übergeben werden soll.

Die Entente schützt die Landesverräter im Rheinland.

Berlin, 9. Okt. Die Rheinlandskommission hat nach Prüfung der Akten über die Prozesse gegen den Redakteur Smeets entschieden, daß die ausgesprochenen Urteile nicht vollstreckt werden dürfen.

Schwere Strafe für Milchpart'her.

Berlin, 9. Okt. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge verhängte die Strafkammer in Eberfeld über 2 Milchpart'her Strafen von 6 Monaten Gefängnis und 15 000 M Geldstrafe bzw. 1 Monat Gefängnis und 15 000 M Geldstrafe.

Der Rathenauprozeß.

Leipzig, 9. Okt. Während in den ersten Tagen des Prozesses im Straßenbild vor dem Reichsgericht nichts darauf hindeutete, daß sich ein Prozeß von ungeheurer Tragweite hinter den Mauern des Reichsgerichts abspiele, sammelten sich heute vor dem Reichsgerichtsprak große Menschenmengen an. Die Kontrolle ist heute äußerst streng. Nur Personen, die sich durch Lichtbild ausweisen, werden zugelassen. Dazu ist die Anzahl der Zuschauer auf ein Drittel verringert worden. — Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 9.20 Uhr und stellte fest, daß sämtliche Angeklagte zur Stelle sind. Er teilte weiter mit, es habe sich ergeben, daß die Krankheitsercheinungen, die bei verschiedenen Angeklagten am Samstag eingetreten waren, einen ernsthaften Hintergrund hätten. Nach den bisherigen Untersuchungen, die jedoch noch keineswegs ein endgültiges Ergebnis darstellten, sei der Verdacht nicht ausgeschlossen, daß ein Attentat auf die Gesundheit oder sogar das Leben eines der Angeklagten vorliegen könnte. Der Verdacht habe die Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt. — Hierauf wurde in die Verhandlung eingetreten. Zunächst wurde der Landwirtschaftslehrer Dudaat-Berlin als Zeuge vernommen, der mit Günther zusammen das Wilhelms-

Ämtliche Bekanntmachung

betreffend die

Eichung und Nacheichung der Fässer und Herbstgefäße.

Es besteht Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Fässer, in denen Wein oder Most bei jahresfreiem Verkauf dem Käufer überliefert wird, geeicht sein müssen. Liegt die erstmalige Eichung schon über 3 Jahre zurück, so müssen sie auch nachgeeicht sein. Es dürfen also Fässer, welche das Jahreszeichen 1918 oder ein früheres Jahreszeichen tragen, vor erfolgter Nacheichung nicht benützt werden.

Ebenso sind die Herbstgefäße eichpflichtig und nacheichpflichtig. Bei diesen Gefäßen beträgt die Nacheichfrist jedoch nur 2 Jahre. Es müssen also Herbstgefäße, welche das Jahreszeichen 1919 oder ein früheres Jahreszeichen tragen, vor ihrer diesjährigen Benützung nachgeeicht werden.

Nähere Auskunft erteilen die Eichbeamten.

Bei Benützung von ungeeichten oder nicht rechtzeitig nachgeeichten Fässern und Herbstgefäßen muß neben der Strafe auch auf Unbrauchbarmachung oder Einziehung der vorschriftswidrigen Meßgeräte erkannt werden.

Calw, 5. Oktober 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Gymnasium besucht hatte. Er sagte über Günther aus, dieser sei stets ein hilfsbereiter Kamerad gewesen, habe sich aber außerordentlich beeinflussen lassen. Auf der Schule habe er als fanatisch gegolten. Nach dem Erzbergermord habe er ihn zufällig getroffen. Den Mord hätte Günther aufs Schärfste verurteilt.

Leipzig, 9. Okt. Der Zeuge sagte weiter aus, daß Günther nur dann maßlos zu übertreiben pflegte, wenn es sich um seine Person gehandelt habe. Anlässlich der Konferenz von Genua habe er geäußert, er betrachte Rathenau als einen vielfachen Millionär, nicht als Vertreter der Arbeiterklasse oder als Vertreter der Demokratie, sondern als tüchtigen Vertreter der Großfinanz. Von seinen Beziehungen zu rechtsstehenden Persönlichkeiten sprach er sehr viel, nannte jedoch nicht Namen. Nach der Vereidigung des Zeugen wurde Günther über seine Beziehungen vernommen. Er gibt zu, mit Ludendorff in Verbindung gestanden zu haben, mit dem er über eine etwaige Wiederaufnahme des Jagowprozesses verhandelt habe. Auch zu Helfferich, Graf Reventlow und Oberst Bauer habe er Beziehungen gehabt. Es folgte das Gutachten des Sachverständigen Sanitätsrat Schütz über die geistige Verfassung Günthers. Der Sachverständige hält Günther für einen Psychopathen, aber nicht für einen Geisteskranken. Er müsse als vermindert zurechnungsfähig bezeichnet werden.

Leipzig, 9. Okt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung sagte der Angeklagte Tillesen aus, er habe in Berlin von dem geflüchteten Brandt erfahren, daß Kern ein großes Unternehmen, nämlich die Ermordung Rathenaus, vorhabe. Er habe Kern davon abgeraten und schließlich den Eindruck gewonnen, daß Kern schwach geworden sei. Auf Befragen bestritt der Angeklagte ausdrücklich seine Mitschuld an der Ermordung Rathenaus und erklärte, er habe sich auch nicht veranlaßt gesehen, den Kernschen Plan anzuzeigen, da er tatsächlich der Meinung gewesen sei, daß Kern seinen Plan bereits ausgegeben habe. — Der Angeklagte Ploaß, der mit Tillesen befreundet und Geschäftsführer des Verbands nationaler Soldaten des Norddeutschen Bundes in Frankfurt am Main und Schriftleiter der „Deutschvölkischen Rundschau“ war, sagte aus, Tillesen sei über die Ermordung Erzbergers empört gewesen. Der Angeklagte erklärte, er habe angenommen, daß Tillesen, dessen Einfluß auf Kern er gekannt habe, Kern von seinem Plan abbringen würde. Von einer Anzeige des Nordplans habe er abgesehen, da er aus Äußerungen Kerns entnommen habe, daß er den Plan habe fallen lassen. — Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. — Es folgte die Vernehmung einer Reihe von Polizeibeamten, die bei der Verhaftung und der polizeilichen Vernehmung der Angeklagten mitgewirkt haben. Daran schloß sich die Vernehmung des Zeugen Studienrat Reh an, der über die Vorgänge auf dem Festabend des Deutsch-Nationalen Jugendbundes ausging, auf dem Günther mit großem Jubel als Mörder Rathenaus begrüßt worden sein soll.

Berlin, 9. Okt. Ueber die Herkunft der Schokoladensendung, die dem Angeklagten im Rathenauprozeß, Günther, zugegangen war und als deren Absender man die Firma Sarotti nannte, fanden in Berlin polizeiliche Ermittlungen von Beamten der Berliner politischen Polizei und von Leipziger Polizeibeamten statt. Hierbei ist festgestellt worden, daß die fraglichen Schokoladepralinen zwar in Sarotti-Umhüllungen eingepackt waren, daß es sich aber nicht um eine Originalpackung der Firma Sarotti gehandelt hat, sondern daß diese Firma von Dritten fälschlicherweise als die Absenderin angegeben worden ist.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Oktober 1922.

Handelskammer Calw.

Am 3. Oktober fand in Calw unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrats Wagner in Calw eine Sitzung der Handelskammer statt, aus deren zahlreichen Verhandlungsgegenständen einige für die Allgemeinheit wichtige herausgegriffen seien: Der Geschäftsführer, M. R. Heinwald in Calw berichtete über den derzeitigen Stand der Handelskammergesetzgebung. Ein Reichsgesetz ist zur Zeit in der Entstehung begriffen, das die Handelskammern zu einer reichsgesetzlichen Institution im Anschluß an die übrigen Wirtschaftsorganisationen (Bezirkswirtschaftsräte) machen soll. Damit hängt zusammen die Frage, ob die Zahl

der Kammern im Reich und in Württemberg erheblich vermindert werden soll. Die Kammer schließt sich der Auffassung einer Opposition an, die für die kleineren Kammern unter allen Umständen das Recht der Selbstbestimmung erhalten wissen will. — Bei der Abgrenzung der Zugehörigkeit der einzelnen Firmen zur Handels- oder Handwerkskammer soll versucht werden, in einem scheidlichen Verfahren unter den beiden in der Weise zu entscheiden, daß die Steuer entsprechend der Kopfzahl bzw. der Lohnziffer verteilt wird. Nach dem Vorbild anderer Kammern will die Calwer Kammer gleichfalls Stenographieprüfungen für kaufmännische Lehrlinge einrichten, einerseits zur Förderung der Kurzschrittkennntnis, andererseits zur besseren Empfehlung der Kaufleute selber. — Bei Erteilung der Großhandelsverkaufsbescheinigung soll die persönliche Zuverlässigkeit und die Sachkenntnis des einzelnen in erster Linie geprüft werden; von besonderer Wichtigkeit erscheint es aber der Kammer, solche Gesuche nur im Fall des Bedürfnisses zu bewilligen. — Die Kammer schließt sich der allgemeinen Bewegung auf Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und auf Beilegung des Depotzwangs an und bekräftigt die Beibehaltung der Auskunftsfrist der Banken nur noch bei Etrapserfahren. Eingehend wurde die heute brennende Frage der Fakturierung in Auslandswährung im Inland besprochen. Zu verwerfen ist auf alle Fälle Zahlung in fremden Devisen bei Verkauf von Waren, die keine ausländischen Rohstoffe enthalten. Dagegen ist trotz der Bedenken wegen langamer Verdrängung der Reichsmark vom Geldmarkt nichts einzuwenden gegen Verkauf von Waren gegen fremde Zahlungsmittel bei Waren, die ganz oder in der Hauptsache aus ausländischen Rohstoffen hergestellt sind. Nach Besprechung kleinerer Vorlagen — Ausdehnung der Schülersfahrkarten auch auf kaufmännische und Banklehrlinge, Verbilligung des Expresgutverkehrs und dergl., wurde die anregend verlaufene Verhandlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Ministerbesuch.

(S. B.) Stuttgart, 9. Okt. Reichswehrminister Geyser war Donnerstag und Freitag zu Besuch in Stuttgart. Er hatte Besprechungen mit dem Führer des Wehrkreiskommandos V, General v. Reinhardt, und war am Freitag nachmittag bei Staatspräsident Dr. Hieber zum Tee geladen. Der Reichswehrminister ist am Samstag mit Staatspräsident Dr. Hieber nach Konstanz gereist, um dort mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth zusammenzutreffen.

(S. B.) Pforzheim, 9. Okt. Die Stadt gibt für 200 Millionen Mark Notgeldscheine im Betrage von 500 und 1000 M aus, um damit dem Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen.

(S. B.) Balingen a. G., 9. Okt. Die Amtsversammlung stimmte dem Voranschlag zu und beschloß die Erhebung einer Umlage von 4 Millionen. Das Betriebskapital der Oberamtspflege wurde den Geldverhältnissen entsprechend auf 200 000 M erhöht.

(S. B.) Zuffenhausen, 9. Okt. Am Samstag abend hat sich der hier in Arbeit befindliche 20jährige Eugen Gös aus Ebingen an einer Strahlenkrankheit erschossen.

(S. B.) Schramberg, 9. Okt. Die 21jährige Hermine Schwarzwälder in St. Georg wollte nach des Tages Arbeit noch etwas spazieren gehen und begleitete ihren heimkehrenden Bräutigam. Unterwegs plagte sie plötzlich über Schmerzen und sank bald darauf ihrem erschrockenen Bräutigam tot in die Arme. Ein Schlaganfall hatte ihrem Leben ein Ziel gesetzt.

(S. B.) Wasseralfingen, 9. Okt. Während einer Beerdigung am Sonntag erlitt der frühere Eisengießer und derzeitige Leichenträger Adolf Graute einen Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Am Grab stürzte er zum Schrecken der Trauerversammlung tot zusammen.

(S. B.) Gönningen, N. L. Tübingen, 9. Okt. Bei der Ortsvorsteherwahl haben von 1116 Wahlberechtigten 768 abgestimmt. Gewählt wurde Sekretär Rudi Sauer aus Neuenbürg mit 543 Stimmen. Obersekretär Striffler aus Stuttgart erhielt 221 Stimmen.

(S. B.) Münster, N. L. Cannstatt, 9. Okt. Der Meister Dufel bei Ahmann u. Stocker war mit seiner Tochter in seinem Güttele mit Obstbäumen beschäftigt. Dabei kam er mit dem Obstfaden der Hochspannungsleitung zu nahe u. wurde vom Strom getötet.

(S. B.) Nuttangen, N. L. Gmünd, 9. Okt. In letzter Zeit wurden in der Gegend mehrere nächtliche Kartoffel- und Obstdiebstähle verübt. Den Gmünder Landjägern und Schutzleuten ist es gelungen, eine Gmünder stölpfische Diebesbande, die ihre Beute auf Wagen führte, festzunehmen und dem Amtsgericht zu übergeben. Die Gesellschaft hatte schon vorher mehrere Zeiner Kartoffeln an Händler und Privatpersonen verkauft. Bei der Festnahme leistete sie den Beamten heftigen Widerstand.

(S. B.) Von der bayerischen Grenze, 9. Okt. In Buchloe machte ein Ehepaar bei Bauern Einkäufe für über 18 000 M und stellte gefälschte Schecks aus. — In der am nördlichen Abhang des Hahnenberges bei Immenstadt gelegenen Alpe des Landwirts Reß von Wihams wurden nachts 5 Stück Zundvieh und 2 Stück Großvieh geschlachtet, enthäutet, die Häute mitgenommen und das Fleisch liegen gelassen. Der Schaden wird auf 120 000 M geschätzt. — In einem Tanzhaus in Schwabing wurde einem Herrn die Brieftasche mit 150 000 M Inhalt entwendet.

(S. B.) Vom Bodensee, 9. Okt. Der Schmuggel lebenswichtiger Gegenstände, wie Kleider, Schuhe usw. durch die valutastarken Schweizer scheint wieder frisch einzusetzen. Erst dieser Tage erhielt eine Thurgauerin wegen unerlaubter Ausfuhr von Kleidung einen Strafbefehl von 1 Million Mark. Ferner eine Dame aus St. Gallen, die von Offenburg aus Waren im Werte von 80 000 M schmuggeln wollte, einen solchen von 500 000 M.

Fortsetzung

(S. B.) tagsstiftung Bloß (S. B.), radelbatte j Bänken pri vorausgegan macht gegen einem Anpl vollständigen bestrebungen und Ursach tag. De trag als de daß auf den ten Banker kommt man den politisch untersuchen, aus diesem Schuldlige, kapitalistis schaftlichen natürlichen polemisiert Hungerlöbn Ausführung ligen Zufan deckt die Fe Chauvinistie auch die D wollten den Hilfe vom Die Kriegs denn durch ter aller Läm unismus liegen einer diplomatisch der Kommu kampf die Erweiterung Generaldebe ren können. Mosk. Pet die Strafe zend!). Di frei, sonder Rücksicht zu Besserung kulturellem stiz herrsche tion. Deu die bürgerl herrschaft. tet und w Bourgeoisie unismus einen, den nister ansich Das müssen übungen be kapitalistis muß die Ge len den W gen 8 Uhr, radelbatte. (S. B.)

Wichtig die himml ist, und na wählten ste Fremdling Vor der Ha Knabe noch und macht aber schütte sagte bei sid Stirn. Nur er ihn nur freilich unse gischen Tak merci wo a sagt von e faustbild hin Pfarrer vor richtig urte herumspringen spielen konn Klagen. Mi der Schulle deres Auge war, suchte entweder bo Tisch, oder e verlehens in praktizierte

Württ. Landtag.

Fortsetzung der Generaldebatte z. Staatshaushalt.

(S. B.) Stuttgart, 5. Okt. Zu Beginn der Nachmittagsitzung schmückt ein Blumenstrauß den Platz des Abg. Blos (Soz.), der seinen 73. Geburtstag feiert. Die Generaldebatte zum Etat wird fortgesetzt. Vor beinahe leeren Bänken spricht der Abg. Karl Müller (Komm.) Die vorausgegangenen Reden waren Hiobsgefänge der Ohnmacht gegenüber der Entwicklung. Der Landtag kann zu einem Wpl für heulende Derwische werden angesichts des vollständigen Bankrotts. Die Abgabe von den Einigungsbestrebungen und dem Versailler Vertrag als der Schuld und Ursache unseres Elends gehört gar nicht in den Landtag. Dennoch verteidigt der Redner den Versailler Vertrag als die Folge des Sieges der Entente. Was wunder, daß auf den größten Krieg der Geschichte einer der größten Bankrotte der Geschichte folgen mußte. Mit Moral kommt man der Sache nicht bei, sondern man muß sich auf den politischen und wirtschaftlichen Standpunkt stellen und untersuchen, wie es kam, um so zu finden, welcher Weg aus diesem Jammer hinausführt. Im Krieg ist keine Schuldfrage, kein einzelner Mensch schuld, sondern der Praxiskapitalismus. In längeren Betrachtungen der wirtschaftlichen Ursachen unserer jetzigen Lage legt Müller den natürlichen und historischen Vorteil Westeuropas dar und polemisiert gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Hungerlöhne. Der Redner schildert dann in gewandten Ausführungen die Zerstörungen des Krieges und den völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft und deckt die Fehler sowie den Wahnsinn der nationalökonomischen Chauvinisten auf, sowie der Durchhaltepolitik, zu denen auch die Demokraten gehören (Zuruf: Sehr richtig! Wir wollten den Sieg). Vergeblich ist jede Hoffnung auf die Hilfe vom Ausland, das mit sich selbst genug zu tun hat. Die Kriegsschulden können nie bezahlt werden, es wäre denn durch das Blut von Millionen proletarischer Arbeiter aller Länder. Neue Weltkriege stehen bevor. Der Kommunismus wird mit dem Kapitalismus bis zu dessen Erliegen einen Kampf auszufechten haben. Im Gegensatz zur diplomatischen Erbschleicherei der Mehrheitssozialisten will der Kommunist durch rücksichtslosen proletarischen Klassenkampf die Macht erlangen. Offenbar ist eine Koalitions-erweiterung nach rechts im Anzuge, das hat man aus der Generaldebatte, wo es diesmal sehr sanft herging, erfahren können. Es wäre ein Bild für Götter, wenn Crispian, Noske, Peterßen, Andre und Stinnes Arm in Arm durch die Straßen Berlins gingen (Andre: Das wäre glänzend!). Die Sozialdemokratie ist in ihrer Politik nicht frei, sondern gebunden, weil sie auf ihre Ministerseffel Rücksicht zu nehmen hat. Seit der Revolution ist keine Besserung der Lage der Arbeiter eingetreten, weder auf kulturellem noch auf schulpolitischen Gebiete. In der Zukunft herrschen noch die alten Zustände wie vor der Revolution. Deutschland hat noch gar keine Demokratie, denn die bürgerliche Demokratie ist nur reaktionäre Klassenherrschaft. Das gegenwärtige System hat abgewirtschaftet und weiß keinen Ausweg aus dem Bankrott. Die Bourgeoisie tröstet sich mit dem Gedanken, daß der Kommunismus auch keinen Ausweg wisse. Doch wir wissen einen, den Kommunismus. Im Innern vermutet der Minister anscheinend Unruhen der Arbeiter (Minister Graf: Das müssen Sie am besten wissen). Warum die Schießübungen bei der Volksewehre? (Quatsch.) In der Tat, die kapitalistische Gesellschaft hat ihren Höhepunkt erreicht, nun muß die Gemeinwirtschaft an ihre Stelle treten. Wir wollen den Weg der proletarischen Revolution. — Schluß gegen 8 Uhr. — Morgen vormittag Fortsetzung der Generaldebatte.

(S. B.) Stuttgart, 6. Okt. Die heutige Vormittags-

sitzung zeigte insofern einen Fortschritt, als sie wenigstens für 2 Redner ausreichte, die die Generaldebatte zum Etat fortspannen. Der Minister des Innern, Graf, setzte sich zunächst mit den Einwendungen seiner verschiedenen Vorredner auseinander, rechtfertigte das Verbot der Süddeutschen Zeitung, die Zulassung der Regimentsfeiern und besprach dann das Gesetz zum Schutze der Republik, das an sich bedauerlich, aber nicht zu umgehen sei. Der Minister will es durchführen, aber nur wenn strafbare Tatsachen vorliegen. Gleiches Recht für alle soll gelten. Die Immunität der Abgeordneten werde teilweise schwer mißbraucht und habe wiederholt die Süddeutsche Arbeiterzeitung in die Lage versetzt, straflos landesverräterische Artikel zu bringen. Deshalb sollte die Immunität bei Hoch- und Landesverrat aufgehoben werden. Die Donauversickerung bei Tuttlingen müsse in einer Weise gelöst werden, die den Interessen des gesamten Donaugebietes, den Württ. wie den badischen, entspreche. In Sachen des Reichsmietengesetzes müsse das Ministerium es ablehnen, den Hausbesitzern oder den Mietern maßgebenden Einfluß zu gewähren. Das Vorgehen der Landesorganisationen bei Ortsvorsteherwahlen sei bedenklich, aber das Ministerium bestehe keine gesetzliche Handhabe dagegen. Das Jugendamtsgesetz wirke sehr segensreich. Zur Unterstützung der Kleinrentner werde das Möglichste getan. Was uns am meisten nottue, sei Opfergeist und Opfersinn, wie er am besten im Christentum zum Ausdruck komme. Bides (W. P.) sprach sehr eindringlich für die Rettung der Kleinrentner und des Mittelstandes, der dem Elend preisgegeben sei, während die Kriegsgewinnler, aber auch viele Jugendliche schlemmen und prassen, die bei den hohen Löhnen und Gehältern zu viel Geld haben. Die notwendige Steigerung der Produktion werde gehemmt durch den schematischen Achtstundentag und unsinnige Streiks. Die Erfüllungspolitik habe sich als ein großer Irrtum erwiesen. Endlich sollte auch die Reichsregierung einsehen, daß der Feind außen steht. Das Schutzesetz sei notwendig, um uns vor dem Chaos zu retten und die Reichseinheit zu wahren. Denunziantentum unter den Beamten dürfe es nicht geben. Ein Verbot der Regimentsfeiern werde die Republik nicht beliebter machen. Die Abschaffung der schwarz-weiß-roten Fahnen sei einer der verhängnisvollsten Fehler der Revolution gewesen, aber die neue Reichsfarbe dürfe nicht beschimpft werden. Man müsse rechts und links alles tun, um zu einer Volksgemeinschaft zu kommen. Fortsetzung nachmittags 1/2 5 Uhr.

(S. B.) Stuttgart, 6. Okt. (Nachmittagsitzung). Die Nachmittagsitzung brachte den Schluß der ersten Rednergarnitur zur Generaldebatte in einer Rede des Ernährungswirtschaftsministers Reil, der die Ursache der gegenwärtigen Preissteigerung untersuchte, eingehend darlegte, was alles die württ. Regierung getan habe, um die Not zu mildern und schließlich zugab, daß die Lage der Verhältnisse, aber auch der Widerstand der Berliner Regierung vielfach stärker war als der gute Wille des württ. Ernährungsministers. Besonderen Wert legte der Redner auf die Getreideumlage, die wegen der schlechten Ernte auf jede mögliche Weise erspart werden müsse, weil das Brotgetreide bloß noch bis 30. November reiche. Sehr bedrohlich ersicht dem Minister die Preissteigerung der Kohle. Der Arbeitsmarkt sei in Württemberg zwar noch günstig, aber er zeige schon auf eine rückgängige Konjunktur hin. Der Minister tadelt die überflüssige Erhöhung der Gültertarife, forderte eine Verbesserung der technischen Hilfsmittel in der Gütererzeugung und schloß mit einem Aufruf zur gemeinsamen Arbeit für das Wohl des deutschen Volkes. Die zweite Rednergarnitur eröffnete der Bauernbündler Dr. Wolff, der auf allen Gebieten der Verwaltung strengste Sparfamkeit forderte. Alle technischen Verbesserungen bei

der Gütererzeugung würden nichts nützen, wenn man nur acht Stunden arbeite. In Sachen des Schutzes habe die württ. Regierung sich unterworfen. Der Minister Graf verdiene Dank für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und für seine Festigkeit bei den Regimentsfeiern. Den Kleinrentnern müsse man mehr helfen, um sie vor dem Hungertod zu retten. Die Hauptursache aber sei, daß wir unsere Gefinnung ändern und erst wieder deutsch denken lernen. — Schluß nach 8 Uhr. Fortsetzung Samstag 9 Uhr.

(S. B.) Stuttgart, 7. Okt. Den sachlichen Inhalt der Sitzung bildeten Erklärungen des Justizministers Bohl und des Finanzministers Schall, die verschiedene Anfragen beantworteten und Einwürfe von Vorrednern widerlegten, wobei der Justizminister den Vorwurf der Klassenjustiz zurückwies, der Finanzminister den Beweis erbrachte, daß die württ. Regierung es in ihrer Stellungnahme zur Reichsregierung an Nachdrücklichkeit nicht fehlen lasse und dem Landtag Sparfamkeit in seinem eigenen Betrieb ans Herz legte. Minister Schall führte u. a. noch folgendes aus: Zu der Frage der niedrigen Pachtzinsen der Domänenpächter muß ich feststellen, daß die Pachtpreise sich nach den Weizenpreisen richten. Die Beiträge des Reiches zur Unterstützung der Kleinrentner sind jetzt auf 1 Milliarde M erhöht worden. Das Finanzministerium hat weitgehende Maßnahmen für die Kleinrentner getroffen. Für die Gebäude, die vom Land an das Reich übergegangen sind, werden vom Reichsfinanzministerium Ersatzleistungen in Aussicht gestellt. In Verhandlungen suchte das Reich um diese Entschädigungen heranzukommen. Das Finanzministerium hat die Rückgabe der Notebüchekassette an das Land vertreten. Der Vorwurf, die württ. Regierung verrete ihren Standpunkt gegen die Reichsregierung nicht mit dem erforderlichen Nachdruck, ist unberechtigt. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Wirtschaftspolitik ist seit der Revolution bedeutend gewachsen, aber eine Diktatur der Gewerkschaften muß abgelehnt werden. Bei der Festsetzung der Löhne und Preise haben sich Unternehmer und Gewerkschaften auf Kosten der Verbraucher durchgesetzt. Sie vertreten ihre Interessen im Gegensatz zum Gesamtwohl. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung liegen in Württemberg die Verhältnisse sehr günstig; die Vermehrung der Beamten seit der Revolution ist außerordentlich gering. Was die Kosten einer 4stündigen Landtagsitzung betrifft, so betragen sie allerdings für 93 Abgeordnete 188 177 M. Die Aufnahme einer Rede samt Drucklegung kostet 44 000 M. Es ist also notwendig, daß auch der Landtag wirtschaftlicher arbeitet. Die Unerfüllbarkeit der Forderung der Entente hat die Reichsregierung immer betont; wenn wir aber die Forderungen nicht angenommen hätten, so wäre der Zusammenbruch Deutschlands besiegelt gewesen. Im übrigen war die 4stündige Sitzung ausgefüllt durch Rededuell zwischen Ziegler (W. P.) und Karl Müller (Komm.) Ziegler behauptete, Müller habe Spitzeldienste geleistet, mit gefälschten Pässen gearbeitet, Entschädigungen bekommen und das Geld verprast, was ihm in einem Zwischenruf von dem Beschuldigten die Drohung: „Ich haue Dir in die Presse“ eintrug. Müller gab in seiner Erwiderung zu, daß er sich mit einem falschen Paß von dem Kriegsdienst drücken wollte, schließlich aber doch aus der Schweiz nach Deutschland kam, um sich zu stellen, vom Nachrichtendienst wieder in die Schweiz kommandiert wurde und dort Spitzeldienste verrichtete. Aber er habe nur von seiner Löhnung und den Spesen gelebt, dagegen auch Briefe führender deutscher Sozialisten an ausländische Sozialistenführer befördert und dabei immer mit einem Fuß im Zuchthaus gestanden. Ziegler blieb bei seinen Behauptungen, worauf die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag nachmittag 3 Uhr festgesetzt wurde.

Der C-Bund.

Eine Erzählung für Christentinder vom Verfasser des „armen Heinrich“.

13) Wichtiger ist freilich, unter welchem Namen einer in die himmlischen Lagerbücher und Musterrollen eingetragen ist, und namentlich, ob er unter der Rubrik der Ausere Fremdling steht. Ob wir in dieser Hinsicht etwas für den Fremdling zu hoffen haben, wird sich im Verlauf zeigen. Vor der Hand hats nicht viel Aussicht dazu. Solange der Knabe noch klein ist, gehts; er ist lebhaft heiter ausgeweht, und macht Alten und Jungen viel Freude. Der Pfarrer aber schüttelte allemal den Kopf, so oft er ihn sah, und sagte bei sich selbst: er hat eben doch den Schelmen auf der Stirn. Nun auf der Stirn hätte er ihn haben mögen, wenn er ihn nur nicht auch im Herzen gehabt hätte. Wenn wir freilich unserer deutschen Sprache einen wichtigen physiologischen Takt zutrauen dürfen, so sitzt das Organ der Schelmererei wo anders als auf der Stirne, denn das Sprichwort sagt von einem Menschen mit solcher Anlage: er hats faulbid hinter den Ohren; aber soviel ist gewiß, daß der Pfarrer von Quellbrunn nur auf die Stirne sah und doch richtig urteilte. Denn sobald einmal der kleine Adam herumspringen und mit anderen Kindern seines Alters spielen konnte, hatten diese vielfach über seine Tücken zu klagen. Als er einmal in die Schule gehen konnte, merkte der Schullehrer bald, daß er auf diesen Schalk ein besonderes Auge haben müsse, denn so oft er nicht beobachtet war, suchte er irgendwie seinen Mitwillen auszuüben: entweder bohnte er mit einem alten Nagel ein Loch in den Tisch, oder er stach den Vordermann mit seinem Griffel unversehens in den Hals, daß dieser laut aufschrie, oder er praktizierte einem andern die Feder weg oder zupfte einen

Dritten heimlich am Haar. Ruhig sitzen konnte er gar nicht; die Augen gingen immer hin und her wie eine Grasmücke im Käfig; fortwährend rutschte er mit dem Hinterteil auf der Bank umher wie eine Bachstelze; den Kopf stützte er bald auf den rechten, bald auf den linken Arm, und die Beine würde er gern zur Abwehslung auch einmal auf den Tisch gelegt haben, wenns geduldet worden wäre. Mit dem Lernen dagegen gings nicht so lebhast zu; der Knabe war unaufmerksam und zerstreut, und seine Augen liefen, statt unter den schwarzen Buchstaben herum, lieber den Spaken nach, die draußen vor dem Fenster auf den Kirchbäumen den Zehnten einsammelten. Lisabeth, deren eigene Kinder ruhigen Temperaments und wohlherzogen waren, konnte sich nicht recht in den Jungen schiden; es war ihr ungefähr zu Mut wie der Henne, die ein Entenei ausgebrütet hat und das junge Entchen trotz allen Rufens und Warnens gleich aufs Wasser zu watscheln sieht, oder wie der kleinen Frau Zaunkönigin, wenn ihr der Kukud ein Ei ins Nest gelegt hat, und der junge Fremdling bald die rechtmäßigen Bewohner zu maltraktieren anfängt. Bald kam eine Nachbarin, und klagte, der Adam habe ihr eine Henne tot geworfen; bald kam der Feldschütz und versicherte, Adam habe Obst von den Bäumen mit Steinen heruntergeworfen; die rote Ammei lamentierte, er habe ihrem Bernet ein Loch in den Kopf geschmissen; und der krumme Schneider drohte, ihn braun und blau zu schlagen, weil er ihm mit einer Spritze Wasser in die Stube gespritzt habe. Die Verlegenheiten gingen gar nicht aus: wo ein Streich gespielt worden war, dessen Urheber man nicht wußte, so sollte es Adam getan haben, und so kam auch mancher Posten auf seine Rechnung, wofür ein anderer die Fesche schuldig war. Natürlich gabs auch noch andere Schelmen in Quellbrunn, und wenn des

Löwenwirts Fritz oder des Wagnerpeters Michel einen Spuk machen wollten, durften sie es nur vorsichtig angreifen, daß ihre Hand nicht entdekt wurde, und konnten sicher sein, es werde des Zeugmachers Adam in die Schuhe geschoben werden. Schläge bekam er freilich genug, auch hie und da ein Dugend zu viel, für Bosheiten die er nicht begangen hatte, obwohl er nicht zu gut dazu gewesen wäre; aber sie fruchteten so wenig als die Ermahnungen. Wenn Lisabeth beim Herrn Pfarrer klagte, so sagte er: Ja das habe ich dem Knaben gleich das erste mal angesehen, daß er den Schelm auf der Stirne sitzen hat, und hats auch gleich zu meiner Frau gesagt, denn sehet, Lisabeth, er stammt ohne Zweifel von einer Zigeunerfamilie her — obgleich die Farbe weißer ist als bei den Zigeunern; und da steden die bösen Eigenschaften tief im Fleisch und Blut und werden schwer auszurotten sein. — Das war ein schlechter Trost, und doch wußte Lisabeth nichts dagegen einzuwenden; der alte Jörgadam aber, als sie ihm das wieder sagte, wurde unwillig über ein solches ungeschicktes Geschwätz, wie er es nannte, und dann fuhr er fort, heißt das den Leuten Mut machen, damit sie sich ein gutes Werk nicht reuen lassen? Grad deswegen hat euch Gott den Buben ins Haus geführt, damit er bei euch von seinen tiefen Schäden kuriert werde, die in seiner Bettlerherberge ohne allen Aufenthalt losgebrochen wären, und wenn der Pfarrer selbst daran zweifelt, ob Gottes Wort und Gebet auch einen so bösen Schaden heilen könne, was soll denn unser eins denken? Die Gesunden aber bedürfen des Arztes nicht, sondern die Kranken; und wenn man dem himmlischen Oberlandesarzt nicht soviel zutraut, daß er auch für die verzweifeltsten Krankheiten eine Arznei hat, so muß man nicht Pfarrer werden.

(Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar hat gestern die Höhe von 2667 M erreicht, der Schweizer Franken von 496 M.

Tierseuchenstand in Württemberg.

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamts herrscht nach dem Stand am 30. September die Maul- und Klauenseuche in insgesamt 12 Oberämtern, 29 Gemeinden und 48 Gehöften. Neu hinzugekommen sind 16 Gemeinden mit 33 Gehöften. Die Schafräude ist in 11 Oberämtern mit 16 Gemeinden, 17 Gehöften, die Pferderäude in 5 Oberämtern mit 7 Gemeinden und 7 Gehöften aufgetreten. Die Kopfräude der Pferde ist in 6 Oberämtern, 7 Gemeinden, 7 Gehöften und die ansteckende Blutarut der Pferde in 16 Oberämtern, 25 Gemeinden und 26 Gehöften verbreitet. Milzbrand ist in 3 Oberämtern mit 3 Gemeinden, 3 Gehöften und Schweinepocken

und Schweinepest in 5 Oberämtern, 5 Gemeinden und 7 Gehöften festgestellt worden.

Stuttgarter Mostobstmarkt.

(S. B.) Stuttgart, 9. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz waren 4000 Zentner zugeführt. Der Preis betrug 300-380 M für den Zentner. Der Fildertrautmarkt auf dem Charlottenplatz war mit 3000 Stück besetzt. Der Zentner kostete 340-350 M.

(S. B.) Stuttgart, 9. Okt. Auf dem Nordbahnhof waren in der Zeit vom 7.-9. Oktober 74 Wagen zugeführt, davon 71 aus Württemberg und 3 aus Bayern. Preis pro Waggon, 10 000 Kilogramm, 64 000-80 000 M, im Kleerverkauf 370-430 M der Zentner. Die derzeitigen Stuttgarter Marktpreise sind niedriger als die in den meisten Erzeugergebieten.

Märkte.

(S. B.) Balingen, 9. Okt. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 260 Milchschweine. Der Handel war lebhaft. Alles wurde verkauft. Der Preis für das Stück betrug 2300-4200 M.

Auf dem Ostmarkt kosteten Tafeläpfel das Pfund 5 bis 6 M, Birnen 3-5 M, Zwetschgen 2-2,50 M, saure Mostäpfel 200-500 M, süße Mostäpfel 180-220 M, Mostbirnen 90-150 M und Bratbirnen 350-500 M zugeführt waren etwa 2500 Ztr.

(S. B.) Vom Oberland, 9. Okt. Die Ruhernte fällt heuer gut aus. Von den Landwirten wird verschiedentlich bestätigt, daß die Rüsse im allgemeinen größer sind als sonst. Auch die Qualität ist recht befriedigend.

(S. B.) Nedarjulm, 9. Okt. Von einem 74 Jahre alten Weinberg in der Größe von einem halben Morgen erntete ein Weingärtner 2350 Liter Wein, ein Ertrag, der jedenfalls selten erreicht wird.

Die württembergischen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Scheffel.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Zur Kartoffelbeschaffung

werden an Minderbemittelte

Vorschüsse gewährt

bis zu 300 Mk. pro Kopf.

Berücksichtigt werden nur solche Familien, aus deren Einkommen sich ein Anschaffungspreis, wie er zur Eindeckung des Winterbedarfs an Kartoffeln notwendig ist, nicht bereustellen läßt, die aber in der Lage sind, den erhaltenen Vorschuß im Laufe des Winters (bis 31. März 1923) zurückzahlen.

Anmeldungen sind am Donnerstag, den 12. ds., vormittags von 8-12 Uhr, auf dem Stadtschultheißenamt Zimmer Nr. 12 zu machen.

Calw, den 9. Oktober 1922.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Oberamtsstadt Nagold.

Krämer-, Vieh-, Schweine- und



Pferde-Markt

am Donnerstag, den 12. Oktober,

findet statt.

Viehändler haben Gesundheits- und Ursprungszeugnisse mitzubringen.

Den 9. Oktober 1922.

Stadtschultheißenamt: M a t e r.

Zuverlässige Person

für Bedienung sow. Reinigung der Amtsräume gesucht.

Unter Umständen kann auch die

Klosteraufsicht

mitübertragen werden. Angebote umgehend an

Staatsrentamt Hirsau.

Färberei Printz A.-G.

chemische Waschanstalt
Annahmestelle in Calw bei
Julie Schimpf, Badsstraße.

Wir suchen

für einen unserer Angestellten ein
möbliert. Zimmer

Angebote bitten wir auf unserer Geschäftsstelle abzugeben.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Zahnarzt

sucht zwei unmöblierte
oder möblierte Räume
z. Ausübung d. Praxis.

Gas und Elektrisch muß unbedingt vorhanden sein. Gest. Angebote mit Preis unter R. S. 235 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Bücher zu Geschenkzwecken:

Deutschland
und das angelsächsische
Weltherrschaftsziel

von Otto Seltmann

geb. M. 90.—. In Halbleinen geb. M. 150.—
(auf holzfrei Papier gedruckt)

Das Urteil der Vernunft

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmäßige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens

von Otto Seltmann

geb. M. 120.—, geb. M. 180.—

Der Grenzertragsausgleich

bei Robert Liefmann und sein Zusammenhang mit der Grenznutzentheorie

von Dr. Arnold Kupper

Ein Versuch der Tiefgründung und Zusammenfassung der in ihren Wert- und Nutzenlehren von H. H. Gossen, W. St. Jevons, C. Menger, L. Walras und R. Liefmann getheserten Bausteine zu einer einheitlichen Nutzenlehre.

114 Seiten, geb. M. 90.—

Elementarschrift und Elementar-Lesemethode

Zwei Hilfsmittel für das 1. Schuljahr

von J. Beck, Mittelschullehrer

kart. M. 30.—

Die Zerstörung Calw's im Dreißigjährigen Krieg

am 10. September 1634

von Johann Valentin Andreaä

gebietet M. 25.—.

Erhältlich in den Buchhandlungen.



Hüllen
Briefbogen
Zeitschriften
Massenaufgaben

DRUCK-
SACHEN

Postkarten
Rechnungen
Farbendrucke
Familiendrucke

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei

Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 151.

Am 1. November beginnt ein Näh- u. Zuschneidekurs in Damen-Schneiderei, wozu sich Damen melden wollen.

Zugleich empfehle ich mich im Anfertigen v. Damen- u. Kindergarderoben auch werd. Schneiderekostüme u. Mäntel daselbst angefertigt.

Frau Luise Kölle, Schneidermeisterin,
Zwinger 300.

Achtung!

Backmehl-Mühle,

Schrot-Mühle,

Rübenschneidler sowie Brocäler,

Brückenwage,

Sämaschine 175 cm. br.

im Auftrag zu verkaufen.

Chr. Neeger, Schmiedmeister.

Verloren ein Regenschirm.

Abzugeben auf dem

Stadtschultheißenamt Calw

Sofortige Bestellungen

auf

Winter-

Zwiebel

nimmt entgegen

H. Köhm, Marktplatz,

Fernsprecher 79.

Puppen doktor.

Annahme von

Puppen zur Reparatur

nur bis 15. Oktober.

H. Köhm, Marktplatz.

Rundholz, Gruben-

u. Papierholz, sowie

stehend. Waldungen

mit und ohne Grund und

Boden kauft großer Zechen-

konzern gegen Kasse. Ver-

mittler erhalten gute Provision

Angebote unter Nr. 220

an Rudolf Woffe, Karlsruhe

Sie kaufen immer noch

billig, wenn Sie sofort

das Greifbare fassen!

Am Lager sind:

Sessel

in Eichen und Buchen

Zimmerische

in Hartholz,

1 Kommode

mit Schreibaufsatz

Schreinerei Valcolmo,

Kronengasse 110.

Ca. 20 Zentner

Bratbirnen

verkauft.

Wer, sagt die Geschäftsstelle

ds. Blattes.

Calw, d. 9. Okt. 1922.

Dankagung.

Allen, welche unserem

lieben Entschlafenen

Paul

Schlötter

Zimmermann

im Alter und beim Hin-

scheiden Gottes erwiesen

haben, ein herzliches

Vergelt's Gott.

Die trauernden

Hinterbliebenen.

2 Mädchen

für den Haushalt such t

zum sofortigen Eintritt.

Frau Hohl, Hof Diche.

Ein ordentlicher, fleißiger

Bursche

kann sofort eintreten bei

Gottlob Weiß, Bierdepot.

Fasser-Gesuch

auf Inwelen - Imi-

tation, Simli.

Ad. Vossert, Liebenzell

Schiller-Allee.

Einen neuen

Leiter-

wagen

1 Feder-

Britischenwägel,

1 Metzgerwägel

verkauft

Chr. Stüerner, Calw.

Sehe mein 1/2 jähriges

Fohlen

(Kappstute) d. Verkauf aus.

Paris, z. „Schiff“, Calw.



London, 10. mit, Venizelos nen Standpunkt griechische Regi Floyd Erklär London, 10. Blätter melden graphische Berichterstattung zwischen